

Der **Wahlvorschlag** ist möglichst **frühzeitig** bei der zuständigen Wahlleiterin oder dem zuständigen Wahlleiter oder bei der zuständigen Gemeinde-/Verbandsgemeinde-/Stadt-/Kreisverwaltung **einzu-reichen**. Die Einreichungsfrist läuft am 48. Tag vor der Wahl ab, das ist am, dem, 18 Uhr. ¹

An

_____ ²

in

Von der **Wahlleiterin** oder dem **Wahlleiter** oder von der Gemeinde-/Verbandsgemeinde-/Stadt-/Kreisverwaltung auszufüllen!

Wahlvorschlag ist eingereicht worden

am _____

(Datum, Uhrzeit)

Unterschrift _____

Wahlvorschlag

Der Partei / Wählergruppe

³

abgekürzt:

--

für die Wahl zum:

--

⁴

der/des

(Name des Wahlgebiets)

am

--

I.

Gemäß Beschluss der

--

⁵ - Versammlung

am

--

werden als Bewerberinnen und Bewerber ⁶ benannt:

Wahlvorschlag

Bewerberinnen und Bewerber ^{6, 7}

Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen!

Lfd. Nr.	a) Familienname, Vornamen, Beruf oder Stand b) Geschlecht c) Tag der Geburt d) Staatsangehörigkeit ⁸ e) Anschrift (Hauptwohnung) – Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort ⁹
1 ¹⁰	a) b) c) d) e)
usw.	

II.

Vertrauensperson ist:

Stellvertretende

Vertrauensperson ist:

(Familienname, Vornamen, Straße, Hausnummer, Telefon-Nr., E-Mail-Adressen, Postleitzahl, Wohnort) ⁹

III.

Bestätigung der für das Wahlgebiet zuständigen Parteiorganisation (§ 16 Abs. 5 KWG).

	, den	
(Parteistempel)		(Unterschrift)

IV.

Unterstützungsunterschriften wahlberechtigter Personen

Wichtige Hinweise:
Der Wahlvorschlag muss vor seiner Einreichung durch eine Mindestzahl von Wahlberechtigten eigenhändig unterschrieben werden, soweit die Wahlvorschlagsträger nicht nach § 16 Abs. 3 KWG davon befreit sind. Die Mindestzahl der Unterstützungsunterschriften ergibt sich aus der Bekanntmachung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters. Für jede Wahl darf jeweils nur ein Wahlvorschlag unterschrieben werden.
Die Wahlvorschlagsträger sind allein verantwortlich, dass die erforderlichen Unterschriften rechtzeitig geleistet werden. Nach Ablauf der Einreichungsfrist können Unterstützungsunterschriften nicht mehr nachgeholt werden.

Lfd. Nr.	Familienname, Vornamen, Tag der Geburt, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort ⁹	Unterschrift
	Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen!	Datum der Unterschrift
1		
		— — —
2 usw.		

V.

Bescheinigung der Gemeinde-/Verbandsgemeinde-/Stadtverwaltung

Die unter lfd. Nr. aufgeführten Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind für die Wahl zum Ortsbeirat

des Ortsbezirks ¹¹

- Gemeinderat - Verbandsgemeinderat - Stadtrat - Kreistag - Bezirkstag¹² nach § 1 KWG wahlberechtigt¹³.

, den

(Dienstsigel)

(Unterschrift)

VI.

Dem Wahlvorschlag sind als **Anlagen** beigefügt:

- Erklärungen der Bewerberinnen und Bewerber ⁶
- Bescheinigungen der Wählbarkeit
- Versicherungen an Eides statt gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 KWG ¹⁴
- Unterschriftenlisten
- Einzelbescheinigungen des Wahlrechts
- Niederschrift über die Versammlung zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber ⁶
- Bestätigung der zuständigen Parteiorganisation ¹⁵
- Bescheinigung der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters über die Parteieigenschaft ¹⁶
- Unterlagen zum Nachweis der mitgliedschaftlichen Organisation der Wählergruppe ¹⁷
- Schriftliche Absichtserklärung der Bewerberin oder des Bewerbers ¹⁸
- Nachweis der Eintragung im Vereinsregister ¹⁹
- Bestätigung des Vorstands der Wählergruppe entsprechend § 24 Abs. 4 der Kommunalwahlordnung (KWO) ²⁰

, den

(Unterschrift der Vertrauensperson)

Datenschutzhinweise auf der Folgeseite!

¹ Datum des 48. Tages vor der Wahl.

² Gemeindegewahlleiterin/Gemeindegewahlleiter, Verbandsgemeindegewahlleiterin/Verbandsgemeindegewahlleiter, Kreiswahlleiterin/Kreiswahlleiter oder zuständige Gemeinde-/Verbandsgemeinde-/Stadt-/Kreisverwaltung einsetzen.

³ Kennwort und, sofern eine Kurzbezeichnung verwendet wird, auch diese gemäß § 21 Abs. 1 KWG und § 25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWO einsetzen.

⁴ Ortsbeirat, Gemeinderat, Verbandsgemeinderat, Kreistag oder Bezirkstag einsetzen.

⁵ Mitglieder, Vertreterinnen und Vertreter oder Wahlberechtigten einsetzen.

⁶ Im Wahlvorschlag für die Wahl zum Bezirkstag die Worte „sowie Nachfolgerinnen und Nachfolger“ anfügen.

⁷ Im Wahlvorschlag kann dieselbe Bewerberin oder derselbe Bewerber bis zu dreimal aufgeführt werden. Im Wahlvorschlag erscheinen die dreifach aufgeführten Bewerberinnen und Bewerber zuerst und die doppelt aufgeführten Bewerberinnen und Bewerber vor den übrigen Bewerberinnen und Bewerbern. Bei einer Mehrfachbenennung ist die lfd. Nr. nur einmal zu vergeben.

⁸ Im Wahlvorschlag für die Wahl zum Bezirkstag entfällt diese Angabe.

⁹ Angabe der Postleitzahl und des Wohnortes kann im Wahlvorschlag für die Wahl zum Ortsbeirat/Gemeinderat entfallen.

¹⁰ Sind im Wahlvorschlag für die Wahl zum Bezirkstag Nachfolgerinnen und Nachfolger benannt, so sind die entsprechenden lfd. Nr. in Buchstaben a und b zu gliedern; außerdem sind unter den Familiennamen die Worte „als Bewerberin“ oder „als Bewerber“ oder „als Nachfolgerin“ oder „als Nachfolger“ zu setzen.

¹¹ Name des Ortsbezirks einsetzen.

¹² Nicht Zutreffendes streichen.

¹³ Das Wahlrecht darf nur einmal bescheinigt werden; dabei darf nicht festgehalten werden, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.

¹⁴ Nur bei Bewerberinnen und Bewerbern, die die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen.

¹⁵ Sofern die Bestätigung nicht unter Abschnitt III erfolgt ist.

¹⁶ Nur für Parteien, auf die § 16 Abs. 4 KWG zutrifft.

¹⁷ Nicht für Wählergruppen, auf die § 16 Abs. 3 KWG zutrifft.

¹⁸ Die Verpflichtung zur Abgabe der schriftlichen Absichtserklärung ergibt sich aus § 19 Abs. 3, § 54 Abs. 1 Satz 2 oder § 55 Abs. 1 Satz 2 KWG.

¹⁹ Nur für Wählergruppen, auf die § 21 Abs. 1 Satz 2 KWG zutrifft.

²⁰ Nur für Wählergruppen, auf die § 16 Abs. 3 Nr. 3 KWG zutrifft.

Datenschutzinformationen zu Unterstützungsunterschriften

Für die mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten gilt:

1. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, die nach dem Kommunalwahlgesetz (§ 16 Abs. 2, § 53 in Verbindung mit § 16 Abs. 2, § 55 Abs. 4, § 56 Abs. 4 Satz 3) erforderliche Mindestzahl von Unterstützungsunterschriften für den einzureichenden Wahlvorschlag nachzuweisen.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von § 10 des Landesdatenschutzgesetzes in Verbindung mit Artikel 9 Abs. 2 Buchst. g der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. EU Nr. L 119 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes (§§ 16 bis 18, 23, § 53 in Verbindung mit den §§ 16 bis 18, 23, § 54 Abs. 4, § 55 Abs. 4, § 56 Abs. 4 Satz 3) und der Kommunalwahlordnung (§§ 25 bis 27, 29).

2. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Ihre Unterstützungsunterschrift für den Wahlvorschlag ist jedoch nur mit diesen Angaben gültig.
3. Verantwortlich für die Verarbeitung der mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten ist die Unterstützungsunterschriften sammelnde Partei oder sammelnde Wählergruppe (§ 15 Abs. 1 Satz 1, § 53 in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalwahlgesetzes)¹:

Nach Einreichung der Unterstützungsunterschriften ist die zuständige Wahlleiterin oder der zuständige Wahlleiter für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich.

Verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei der Erstellung der Wahlrechtsbescheinigung ist die Gemeinde-/Verbandsgemeinde-/Stadt-/Kreisverwaltung, bei der Sie mit Ihrem Hauptwohnsitz gemeldet sind.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten ist der Wahlausschuss, der über den eingereichten Wahlvorschlag entscheidet.

Empfänger der personenbezogenen Daten können auch Behörden, Gerichte und sonstige amtliche Stellen sein, wenn die Auskunft über Unterstützungsunterschriften zur Durchführung der Wahl oder eines Wahlprüfungsverfahrens erforderlich ist.

5. Die Frist für die Vernichtung Ihrer personenbezogenen Daten bestimmt sich nach § 90 Abs. 2 der Kommunalwahlordnung. Ihre Unterstützungsunterschrift gehört zu den Wahlunterlagen, die nach Ablauf von sechs Monaten seit der Wahl zu vernichten sind, wenn nicht die zuständige Aufsichtsbehörde mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Straftat von Bedeutung sein können.
6. Nach § 10 des Landesdatenschutzgesetzes in Verbindung mit Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen.
7. Nach § 10 des Landesdatenschutzgesetzes in Verbindung mit Artikel 16 der Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dadurch wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.
8. Nach § 10 des Landesdatenschutzgesetzes in Verbindung mit Artikel 17 der Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden nicht mehr notwendig sind und die Speicherfrist abgelaufen ist, Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder der Verantwortliche zur Löschung verpflichtet ist. Dadurch wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.
9. Nach § 10 des Landesdatenschutzgesetzes in Verbindung mit Artikel 18 der Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden. Sie können die Einschränkung der Verarbeitung auch dann verlangen, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind. Durch einen Antrag auf Einschränkung der Verarbeitung wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.

¹ Name und Kontaktdaten der einreichenden Partei oder der einreichenden Wählergruppe sind einzutragen.

10. Beschwerden können Sie an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (Postanschrift: Die/Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz; E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de) und gegebenenfalls an die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten des jeweils für die Datenverarbeitung Verantwortlichen richten.
11. Sie können diese Informationen auch auf der Homepage der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters unter www.wahlen.rlp.de ansehen.